

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 46 37. Jg.

21. Novbr. 1924

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag, Telefon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Hab, Berlin N 24, -- Druck und Expedition:
Conrad Müller, Scheideitz-Leipzig, Auguststraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitteilungen sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten.

Reichstagswahlen und Gewerkschaften.

Die Auflösung des Reichstages und die für den 7. Dezember angesetzte Neuwahl der Abgeordneten des Reichstages erfordert auch eine Stellungnahme der freien Gewerkschaften. Die „Gewerkschaftszeitung“, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, nimmt zu den Reichstagswahlen wie folgt Stellung:

Die freien Gewerkschaften sind ihrem Wesen und ihrer Zweckbestimmung entsprechend die Sachwalterinnen der Arbeiterschaft in den Nöten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Parteipolitische Angelegenheiten liegen außerhalb ihres Wirkungsbereiches. Aber trotzdem kann es den Gewerkschaften natürlich nicht gleichgültig sein, in welchem gesetzlichen Rahmen und unter welchen politischen Umständen sie ihre Wirksamkeit entfalten. Denn von der Gesetzlichkeit und von den politischen Umständen kann den Gewerkschaften — je nach der Zusammensetzung des Reichstages — Förderung oder Bedrückung zu teil werden. Förderung, wenn die wirtschaftliche Uebermacht der Besitzklasse wenigstens politisch durch eine starke, den Gewerkschaften wohlgesinnte Partei niedergehalten wird. Bedrückung, wenn der Besitzklasse zu ihrem wirtschaftlichen Uebergewicht noch die politische Macht in die Hand gegeben ist. Aus dieser Sachlage ergibt sich für jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied die Pflicht, sich als Staatsbürger politisch in der Partei zu organisieren und zu betätigen, die mit den Gewerkschaften gemeinsam, diese auf wirtschaftlichem, jene auf politischem Gebiet, den Kampf um die Befreiung der Arbeiterschaft führt. Das ist die Sozialdemokratische Partei.

Schon rein äußerlich haben diese Reichstagswahlen auch für die Gewerkschaften erhöhte Bedeutung. Es ist ein Unterschied, ob Reichstagswahlen im gewöhnlichen Gang innen- und außenpolitischer Geschehnisse und nach Ablauf einer Legislaturperiode stattfinden, oder ob sie in stürmisch bewegten Zeiten, inmitten eines skandalösen Ränespiels um Ministerposten und nach lebhaften politischen Kämpfen durch Auflösung des Reichstages erzwingen werden. Mit Freuden haben die Gewerkschaften diese Auflösung begrüßt. Nicht nur um deswillen, weil der Reichstag gegenüber seinem Vorgänger einen merkwürdigen Schritt nach rechts getan hatte, sondern auch der Hoffnung wegen, dem unwürdigen Spiel mit Kindertrompeten und -flöten auf der linken mit Laverrenz-Untertönen auf der rechten Seite ein für allemal ein Ende bereiten zu helfen. Einen solchen Reichstag der Gröberei, der schlagenden Beweise, der Selbsterniedrigung konnte kein vertiefteres Schicksal ereilen als der Wurf in die Wolfsschlucht.

Kaum je hat ein politischer Akt die vielfältigen Verflochtenheiten wirtschaftlicher und politischer Grundfragen so klar und tief beleuchtet, wie die Reichstagsauflösung. Deutschland war durch den Friedensvertrag von Versailles, dessen Anerkennung in der Not und der allgemeinen Erlöschung erfolgte, die Welt werde sich von seiner Unfüllbarkeit überzeugen müssen, auf Jahrzehnte hinaus zu schweren Sachlieferungen verpflichtet worden. Aus der Unmöglichkeit der Erfüllung wurden schwere Verlohnungen Deutschlands gemacht. Gegenmaßregeln der Westmächte erfolgten. Allein dadurch wurde die Erfüllung für Deutschland immer schwieriger, und diese neuen Schwierigkeiten wiederum nahmen die Völkerverhetzer Clemenceau und Poincaré freudig zum Anlaß, die weltpolitischen Leiden des Jahres 1922 war Deutschland nach der Teilung Oberschlesiens mit seinem Sachlieferungs-Soll abermals in geringfügigen Rückstand gekommen. Obwohl Deutschland das Angebot machte, die fehlenden Mengen nachzuliefern, kam jenes unheilvolle Ultimatum an Deutschland, das mit der Besetzung des Ruhrgebiets drohte. Da Deutschland nicht sofort die Fehlmengen liefern konnte, erfolgte nach Ablauf des Ultimatums am 11. Januar 1923 der Einbruch des französisch-belgischen Heeres ins Ruhrgebiet. Der damalige Kanzler des Deutschen Reiches, Dr. Cuno, nahm die Ruhrbesetzung gleich einem Fehdehandschuh

hin. Nicht nur die deutsche politische Rechte, sondern auch die französische jubelte laut. Die Arbeiter und Beamten des Ruhrgebiets aber mußten einen schweren erneuten Kampf führen. Sie wollten mit vollem Rechte ihre Werke unter militärischer Besetzung nicht verrichten. Es kam zum passiven Widerstand gegen die eingebrachte Heeresmacht, zu jenem opfervollen Kampf, bei dem die Machtmittel höchst ungleich verteilt waren. Hier nur passiver Widerstand, Verweigerung der Arbeitskraft — dort die französisch-belgischen Besatzungsarmeen in Wehr und Waffen! Fürchterliche Strafen, massenhafte Ausweisungen, unerhörte Opfer an Gut und Blut bezeichneten deutscherseits die Spuren jenes Kampfes mit ungleichen Waffen. Mehr und mehr wurde die Aussichtslosigkeit dieses Kampfes für Deutschland offenbar. Die Wortführer der Rechten selbst sprachen im Reichstag von ihm als von einem zweiten Versailles. Diese Erkenntnis hinderte sie jedoch nicht, das deutsche Volk weiter anzustacheln und die Politik des Sprunges ins Dunkle fortgesetzt zu empfehlen. Während die deutsche Industrie durch den Einbruch ins Ruhrgebiet ihrer Grundstoffe beraubt war, wuchs der Raubzug der Einbrucharmee in steigendem Maße von Woche zu Woche, von Monat zu Monat. Sie holten sich Kohlen, Koks und sonstige Sachlieferungen aller Art durch Beschlägnahme. Die Eisenbahnen brachten sie in ihre Gewalt. Sie wurden Herren der Lage. Die Reichsbank entnahm zur Finanzierung des Ruhrkampfes dem Reichsschatz ungezählte Summen. Das Verhängnis wurde mit jedem Tag größer und immer größer. Der bis dahin langsam erfolgte Niedergang der deutschen Währung stürzte nunmehr, vom Unheil beflügelt, schnell abwärts in die Tiefe. Schauerlich war die Wirkung des Währungsverfalls für die Massen. Das deutsche Volk wurde durch ihn bettelarm. Aber einige tausend Mann der Stinnes und Genossen machten sich hierbei zu den Kapitalmächtigsten der Welt. Wie tröstlos die Lohnverhältnisse jener Zeit waren, ist ersichtlich aus einer vom Bundesvorstand im September 1923 aufgenommenen Statistik. Hiernach bewegten sich die Realstundenlöhne in Berlin für gelernte Arbeiter zwischen 14 und 23 Pfg. In der Denkschrift der deutschen Regierung für die Sachverständigen mußte auch sie bekennen, wie unheimlich die Wirkung der Währungskatastrophe war. Nach ihren Feststellungen betrug der Lohn eines Berliner Bauarbeiters Mitte Oktober 1923 nur 18 v. H. eines gelernten Berliner Buchdruckers auch nur 18 v. H. eines Hauers im Ruhrgebiet nur 33 v. H. des Vorkriegslohnes. Obwohl sich der Staat durch den Niedergang der Währung schuldlos gegenüber dem Volk gemacht hat, wurden die Reichsfinanzen durch ihn doch völlig zerrüttet. Der Substanzverlust wurde so groß, daß die Mark als Zahlungsmittel überhaupt nicht mehr in Frage kam.

In dieser gefährlichen Zeit, da niemand zu sagen wußte, ob und wie lange die Einheit Deutschlands und damit die Grundlage der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes erhalten bliebe, setzte die Reparationskommission den Sachverständigen-Ausschuß ein, dessen Gutachten und Pläne zum Ausgangspunkt der Auflösung des Reichstages und des jetzigen Wahlkampfes geworden sind. Sollten diese Pläne abgelehnt und ein neuer Zustand der Unsicherheit und Ungewißheit geschaffen, oder sollten sie angenommen werden, um aus der jahrelangen Not und Nacht des verkümmerten Volkes — die Besitzenden haben allerdings weder geduldet noch geduldet — endlich eine Grundlage zur wirtschaftlichen Erneuerung Deutschlands zu schaffen, damit politisch die deutsche Republik fortbestehe? Welches Schauspiel boten bei der Lösung dieser Schicksalsfrage für Deutschland die Internationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten! Ihre Wortführer suchten einander zu übertrumpfen, als ob Deutschland der Welt nur zu sagen brauche: wir nehmen die Pläne nicht an, und alles sei damit erledigt. Soviel Unwahrscheinlichkeit und Schamschlägerei ward selten offenbar. Gab es zum Wohle der deutschen arbeitenden Bevölkerung überhaupt einen anderen Weg als den der Annahme? Die Gewerkschaften haben diese Frage verneint weil bei der Ablehnung noch schwerere

Bürde auf Deutschland gelegt worden wäre. Wie die Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiet, so ward aus den gleichen Erwägungen die Sozialdemokratische Partei auf politischem Gebiet zur Trägerin des Annahmegedankens. Sie und die Gewerkschaften wurden von der äußersten Rechten und der äußersten Linken lebhaft beföhelt. Aber der Reichstag übernahm die Pläne samt den dazugehörigen Gesetzen. Bei den Abstimmungen im Reichstag über das Eisenbahngesetz, das eine Zweidrittelmehrheit erforderte, kam es zu einem Vorgang, der auch in diesen Spalten festgehalten zu werden verdient. Die Zahl der Reichstagsmitglieder betrug 466. Zweidrittel davon sind 311. Abgegeben wurden 443 Stimmen. Davon lauteten mit Ja 314. Die Zweidrittelmehrheit war erreicht, das Gesetz angenommen. Ueber rasch fragte man sich: wie war das möglich? Und siehe da, es stellte sich heraus, daß die Deutschnationalen die sich im Verleumdungsfeld gegen Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften wegen der Annahme der Londoner Pläne nicht genug tun konnten. 49 Mitglieder ihrer Fraktion als Jäger für das Eisenbahngesetz abkommandiert hatten. Durch diesen Vorgang ist soviel Verlogenheit bloßgestellt worden, daß selbst unorganisierte Arbeiter den Deutschnationalen keine Stimme zuwenden werden.

Wie in den Londoner Abmachungen die Verknüpfung des Wirtschaftlichen und Politischen klar erkennbar ist, so liegt nicht minder klar zu Tage der Zusammenhang von handelspolitischen Zollforderungen und ihren wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Verbrauchermassen. Wir werden der Sozialpolitik einen besonderen Aufsatz widmen. Für heute nur soviel, daß auch sie die Gewerkschaftsmitglieder nötigt, bei den Reichstagswahlen der Sozialdemokratischen Partei zum Sieg zu verhelfen.

Sind sich Industrielle und Agrarier in der Schutz Zollfrage nur insofern uneinig, als einer immer höhere Zölle wünscht denn der andere, so sind beide aber in der Lohnpolitik gegen die Arbeiterschaft ein Herz und eine Seele. Die Rittergüter- und Fabrikbesitzer wollen die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten in Landwirtschaft und Industrie gemeinsam hinabdrücken, um die eigenen Gewinne zu steigern. Nicht mehr sollen die Lebenshaltungskosten Maßstab für Lohn- und Gehaltsbemessungen sein, sondern nach ihrem Willen die von der Öffentlichkeit unprüfbar hergestellten Kosten der Waren. In der Denkschrift über ihre Lohnpolitik sagt die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hierüber auf Seite 13:

„In der Inflationszeit konnte schließlich die Arbeitgebererschaft nachgiebiger sein, wenn das Vorgehen der Gewerkschaften oder Schlichtungsausschüsse den Papiermarklohn über die von den Unternehmern zu verantwortende wirtschaftlich tragbare Höhe hinausdrückte. Denn bei stürmischer Markentwertung glich sich dieser Fehler im Nominalbetrag vielfach schon am nächsten Tag automatisch wieder aus. Beim Goldlohn, der auf der Voraussetzung der stabilen Währung aufgebaut war, ja dieser Stabilität untergeordnet werden mußte, mußte in erster Linie das Produkt und nicht der Lebenshaltungsindex die Löhne bestimmen.“

Dieses dreiste Ansinnen des Unternehmertums mußte vom Arbeitsministerium und vom Wirtschaftsministerium unzweideutig zurückgewiesen werden. Statt dessen haben wir aber erlebt, daß die genannten Behörden jene unmögliche Lohnpolitik des Unternehmertums weitgehend begünstigten. Hier kann nur Wandel geschaffen werden, wenn durch einen für die Sozialdemokratische Partei günstigen Wahlausfall der Einfluß des Unternehmertums zurückgedrängt wird.

Da ist ferner der Achtstundentag! Nicht zwar konnten ihn die Gewerkschaften auf der ganzen Linie unversehrt erhalten, aber der Angriff gegen ihn wurde doch zumeist abgeschlagen: sein Raub durch die Gegner gelang nicht. Darum hat die gesamte bürgerliche Welt ihn erneut zum Gegenstand des Angriffs erkornt. Ueber dies: Tatsache kann uns nicht hinwegtäuschen die Ankündigung des Reichsarbeitsministeriums noch vor den Wahlen durch Verordnung den Achtstundentag wieder in den Schichtwechselbetrieben der Schwerindustrie

strie einführen zu wollen. Waren nicht gerade die Schiedsprüche der Schlichter, die den Achtstundentag beseitigten und das Zweischichtensystem wieder einführen, auf die Einflußnahme des Reichsarbeitsministerium zurückzuführen! Regierung und Unternehmer mögen wissen: die Gewerkschaften sind nicht gewillt, sich mit Stückwerk abspesen zu lassen. Wir fordern den Achtstundentag auf der ganzen Linie. Die lautesten Rufer nach seiner Beseitigung waren und sind bei näherem Zusehen meist solche Leute, die selbst noch wenig geistig oder körperlich gearbeitet haben; daneben die andere Gattung, die Gläubigen der bürchlichen Formel: längere Arbeitszeit — höhere Arbeitsleistung! Freilich ist es bequemer, statt durch eigenes Handanlegen, Denken und Schaffen, statt durch Verbesserungen der Betriebseinrichtungen in Landwirtschaft und Industrie — die Ergiebigkeit der Arbeit und Wirtschaft steigern zu wollen durch längere Arbeitszeit der anderen. Aber der Weg führt nicht zum Ziel. Die Unternehmer alle mögen endlich ihre Bureaufenster öffnen, auf daß die lähmende Stückerluft aus der Faulzeit der Krieger- und Währungsgewinne einem wirtschaftserfrischenden Luftzug weiche. Und wer müde geworden ist, seine Aufgabe nicht zu erfüllen vermag, soll zur Seite gehen!

Die Sozialpolitik ist in den letzten Jahren zum Stillstand gekommen; sie muß zum Wohle der besitzlosen Arbeitermassen belebt werden. Hiergegen läuft das Unternehmertum geradezu Sturm. Nach seinem Willen soll die Sozialpolitik restlos abgebaut werden. Immer lauter verkündet es in Wort und Schrift die Mär, Deutschlands Wirtschaft könne die sozialpolitische Belastung unmöglich weiter tragen. Wir hören diese Mär seit mehreren Jahrzehnten, seitdem es in Deutschland sozialpolitische Abgaben gibt. Aber Deutschland hat sich in jenen Jahrzehnten nicht nur einen Weg zum Weltmarkt gebahnt, es hätte sogar vor Ausbruch des Krieges das industrielle England überflügelt. Was alle die Jahrzehnte hindurch grundlose Klage war, das sollen wir jetzt für Wahrheit hinnehmen? Ach, das Wehklagen und Jammern des Unternehmertums hört nie auf. Seine Absicht, die sozialpolitischen Erfordernisse zurückzudrängen, muß durch die Reichstagswahlen für immer vereitelt werden.

Aus dem weiten Fragegebiet, das für die Gewerkschaften von besonderer Wichtigkeit ist, sei nur noch die Teuerung erwähnt. Gewiß ist die Kaufkraft des Geldes auch der hochvalutarischen Länder nicht unbedeutend gesunken. In Deutschland jedoch verdanken wir die Teuerung vorwiegend bestimmten Handlungen der Regierung. Der Ernährungsminister Graf Kanitz hat, um die Landwirte zu begünstigen, nicht unbedeutende heimische Getreidemengen ausführen lassen. Sofort stiegen die Getreidepreise in Deutschland auf die Linie der Weltmarktpreise. Preissteigerung des Brotgetreides bedeutet erfahrungsgemäß Preissteigerung überhaupt. Dazu kam die Zollvorlage der Regierung; sie erhöhte die Nachfrage am Getreidemarkt, wodurch die Preissteigerung einen weiteren Antrieb erhielt. Lohn- und Gehaltserhöhungen zum Ausgleich der Teuerung lehnte die Regierung den Beamten, und das Unternehmertum den Arbeitern und Angestellten mit der Begründung ab, durch Lohn- und Gehaltserhöhungen würde die Teuerung nur noch größer.

So stehen die Gewerkschaften in einer wirtschaftspolitischen Situation, die ihren Mitgliedern die Verpflichtung auferlegt, mit aller Kraft den Wahlkampf zum Wohle der Arbeiterklasse zu nützen, die indifferenten Massen aufzuklären, um dadurch ihrer eigenen Sache zum Sieg zu verhelfen.

Die bürgerlichen Parteien kommen für die Gewerkschaften nicht in Betracht. Die Kommunistische Partei hat sich selbst unausgesetzt durch Worte und Taten als verschworene Feindin der Form und des Geistes der freien Gewerkschaften bezeichnet. Sie ist die Zellenbauerin, die nach ihren eigenen Angaben von unten auf und von innen heraus das Werk vollbringen will, die freien Gewerkschaften der kommunistischen Parteipolitik dienstbar zu machen. Wer seine Gewerkschaft aber als Waffe im wirtschaftlichen Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erhalten und schärfen will, der kann nicht die Kommunistische Partei wählen, die den Gewerkschaften Eigenart und Selbständigkeit nehmen will. Die Kommunistische Partei will eine Gesundung der deutschen Wirtschaft nicht. Sie kann nur Geschäfte machen in Zeiten wirtschaftlicher und seelischer Not des deutschen Volkes. Solche Zeiten sind Quellen der Unruhen, der leidenschaftlichen Erregung, in denen die Politik der Kommunistischen Partei wurzelt. Die Gewerkschaften sind aber auf eine auf den Schutz und die Förderung des Wohles der Arbeiterschaft sorgsam eingestellte Politik in der Gesetzgebung angewiesen. In diesem Sinne und nur in diesem Sinne erblicken die Gewerkschaften in der Sozialdemokratischen Partei ihre politische Vertreterin.

Bürgerblock! So lautete die Losung im alten Reichstag. Sie sollte ein Warnungssignal für die deutsche Arbeiterschaft sein. So möchte es die besitzlose Klasse: die niedere Löhne und Gehälter

— dort Schutzzölle, die lange Arbeitsfron — dort Verkümmern der Sozialpolitik, die Teuerung — dort Steuerlast auf die Volksmassen! Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens will sie den Fortschritt gewaltig hemmen. Ihre Waffen in diesem Kampfe sind auf wirtschaftlichem Gebiete die Arbeitgeberverbände, Trusts, Kartelle, auf politischem Kampffeld soll der Bürgerblock das Bollwerk sein. Ein verteufter Plan. Hier auf wirtschaftlichem Gebiet im Besitz der Kapitalmacht — dort auf politischem die Hand am Hebel der Gesetzgebung, fürwahr: das Werk der Versklavung des deutschen Volkes könnte beginnen.

Nach alledem besteht für jedes Gewerkschaftsmittglied die Verpflichtung, für diejenige Partei im Wahlkampf und am Wahltag einzutreten, die politisch seine Interessen wahrnimmt. Das ist die Sozialdemokratische Partei.

Erhöht die Erwerbslosenunterstützung!

Der Vorstand des ADGB. hat mit folgendem Schreiben beim Reichsarbeitsministerium die Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen beantragt und zugleich die Regierungen der Bundesstaaten um Unterstützung des angesichts der Notlage der Arbeitslosen notwendigen Antrages ersucht.

„Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gestattet sich, dem Herrn Reichsarbeitsminister die dringende Bitte zu unterbreiten, die Unterstützungssätze für Erwerbslose entsprechend der durch die Verteuerung der Lebenshaltungskosten im allgemeinen und der durch den herannahenden Winter im besonderen steigenden Not der Erwerbslosen mit größter Beschleunigung angemessen zu erhöhen.

Die zuletzt mit Wirkung vom 11. August d. J. eingetretene Erhöhung der Unterstützungssätze ist bereits damals von den Gewerkschaften als unzureichend bezeichnet worden. Die damaligen Verhandlungen ließen erkennen, daß auch die Regierung nur darum bei der unzulänglichen Erhöhung stehen blieb, weil sie sich bewußt war, daß mit eintretendem Winter, der die Lebenshaltungskosten der Erwerbslosen durch Beschaffung von Feuer und Beleuchtung und Versorgung mit Bekleidung ungemein steigert, eine Unterstützungserhöhung erfolgen müsse.

Zu den infolge des Winters erhöhten Ausgaben tritt nunmehr auch noch das allgemeine Steigen der Warenpreise und der Wohnungsmieten, so daß die an sich zu geringen Sätze heute einfach unerträglich sind.

Nachdem die Beitragserhebung die Bezuschussung der Fürsorge aus Reichs- und Landesmitteln fast restlos überflüssig machte, würde auch eine Erhöhung der Unterstützungssätze die Staats- und Landesfinanzen nicht belasten. Es ist auch eine stärkere Beitragsbelastung der Wirtschaft nicht zu erwarten. Die Zahl der Unterstützten ist rückläufig. Wenn auch der demnächstige Rückstrom aus der Landwirtschaft und das Abflauen der Bautätigkeit infolge des Winters den Rückgang zunächst etwas aufhalten werden, so ist doch mit der allgemeinen Besserung des Arbeitsmarktes zu rechnen. Zudem würde selbst bei einer Erhöhung der Unterstützungssätze die Beitragslast vermindert werden können, wenn nur durch einen allgemeinen Gefahrengleich die Last gerechter auf alle Zweige und Bezirke der Wirtschaft verteilt würde.

Der unterzeichnete Vorstand hofft daher, daß das Arbeitsministerium angesichts der Notlage der Erwerbslosen mit tunlichster Beschleunigung die Erhöhung der Unterstützung durchführt.“

Was heißt Achtstundentag?

Wir wollen das Ganze. Unser Simmen und Sehnen gilt der Gemeinschaft. Und selbst der rein materielle Kampf der Gewerkschaft um den Lohn hat sozialen Gemeinschaftscharakter. Er dient einer Klasse, einem großen proletarischen Ganzen. Die Gewerkschaftsbewegung ist darum ein Ringen um die Gemeinschaft, um Glück und Zukunft aller Arbeitenden, und darin ist jedes einzelne überzeugte Mitglied der Gewerkschaftsverbände heute so verwaschen, daß es nur im Ganzen fühlen und im Ganzen denken kann.

Und doch bedeutet dieses Aufgehen des einzelnen im Ganzen kein Vergehen des einzelnen. Auch der einzelne bleibt mit seinem persönlichen inneren Sein. Das brüderumschlingende Fühlen macht ihn im Gegenteil innerlich reich und groß. Nur wenn die Seele in ihrer persönlichen Eigenart durchweht wird vom Einsgefühl mit dem Ganzen, bekommt der Mensch seine Größe. Ist er ganzer Mensch.

Leider läßt uns das Leben der kapitalistischen Gegenwart nur wenig Ruhe zu solchem Wachsen in die persönliche Tiefe. Der Mensch hat in dieser Zeit des Jagens und Hetzens und der Sorge nicht die Muße, sich einmal zu beschäftigen mit sich selbst. Es fehlen dem Menschen heute Feiertage, einsame Stunden, in denen sich all' d' s so vielfachen Erlebnis des Alltags klären, in denen sie sich in ungestörtem Kristallisieren feier-

lich bilden zum stillen Erlebnis einer innerlichen Harmonie.

Wie redet man außerhalb des Proletariats immer so gern von Persönlichkeitsfreiheit und Persönlichkeitskultur. Ist denn dieses kapitalistische Dasein mit seinem ganzen veräußerlichten Wesen nicht der schlimmste Feind alles innerlich persönlichen Seins? Heißt darum nicht freier, innerlicher Mensch werden wollen: den Kapitalismus mit seinem kulturzerstörenden Wirken bekämpfen? Ist nicht darum der Achtstundentag, der den Menschen nur für acht Stunden diesem mörderischen Zersetzen der Seele überlassen will, eine der Voraussetzungen zur Freiheit, zum innerlichen Wachsen und Reifen, zur Kultur der Seele?

Und darum gehört auch ein voller Lohn zur Kultur. Nur wenn der Mensch ganz ohne Sorge ist, gehören die freien Stunden ungetrübt einem edlen Ineinanderleben von Ich und Du, von Seele und Gemeinschaft. Nur wenn der Mensch seinen vollen Lohn erhält, kommt er nicht auf den Gedanken, seine freien Stunden, die der Kultur zu dienen bestimmt sind, mit Ueberarbeit für den Magen zu entweihen.

Es ist etwas Heiliges um den Achtstundentag! Er soll uns Feiertunden geben. Er soll uns lehren, als Menschen zu leben. Er soll uns reifen lassen in die Tiefe und Innerlichkeit und unserer Seele geben ein künstlerisches Gepräge.

Wenn wir in der Feiertunde ohne Sorge und Hast uns selbst gefunden, dann fühlen wir auch am spannendsten die Gemeinschaft. Wenn wir in der Feiertunde ohne Sorge und Hast die Gemeinschaft am innigsten erleben, dann fühlen wir auch uns selber am erhabensten. Nur der Achtstundentag läßt uns erleben, daß Mensch Liebe heißt, und daß das höchste Ideal der menschlichen Entwicklung darum das Ineinanderleben von Schwester und Bruder ist, dem unser ganzes Streben und Kämpfen jenseits der acht Stunden der Werkstatt zu gelten hat.

Der Achtstundentag ist darum die Voraussetzung zum Reifen zur höchsten Kultur des Menschengeschlechts. Ihn gilt es zu erkämpfen und zu erhalten — und auszufüllen in diesem seinen letzten, wahren, großen und heiligen Sinne!

Die Buchdrucker und die Offsetmaschine.

I.
Nach der Meinung der Buchdrucker sind sie es, die in dem Streit um die Bedienung der Offsetmaschine die gewerkschaftlichen Grundsätze wahren, ihr Verhalten sei von gewerkschaftlichem Geiste getragen. Sie sind die wirklichen Kenner des Offsetdrucks, die sich besser für die Bedienung der Maschine eignen als die rückständigen und unfähigen Steindruckler, die nur an die langsam laufende Steindruckschnellpresse gewöhnt sind. Sie sind es, die im Geiste der Kameradschaft die Frage geklärt wissen wollen; die bösen Steindruckler dagegen können kalten Herzens zusehen, wie die arbeitslosen Buchdrucker verhungern. Die Steindruckler, und besonders ihr Organ die „Graphische Presse“, verleumdern und hetzen, während die Buchdrucker die reinen Unschuldengel sind. Für die Buchdrucker handle es sich nur darum an die Maschine zugelassen zu werden, während wir das Gebiet für uns allein beanspruchen. Uns fehle es an sachlichen Argumenten und unser Kollege Hentschel sei ein gewerkschaftlicher Analphabet, weil er sich gegen Äußerungen von Buchdruckern in schärfster Form gewendet hat, die auch unser Verbandsvorsitzender, Kollege Haß, im Jahre 1922 gemacht habe. Vieles wiederholt sich in den Reden und Artikeln der Buchdrucker mit einer Regelmäßigkeit, daß es an die bekannten kommunistischen Walzen erinnert. In Nr. 91 des „Korrespondent“ wird die Behauptung aufgestellt, der Drei- und Vierfarbendruck habe sich viel langsamer entwickelt als der Offsetdruck.

Untersuchen wir einmal der Reihe nach all diese „sachlichen Argumente“ und von ihnen als das Wichtigste in erster Linie die gewerkschaftlichen Grundsätze. Um an die Offsetmaschine zu kommen, organisiert die Schweizer Buchdruckerorganisation in Laupen den Streikbruch. Darüber sind zwar die Leser der „Graphischen Presse“ zur Genüge unterrichtet, die Buchdrucker werden mit der Behauptung gespeist, daß es gar kein Streikbruch sei. Die Verteidigung der Laupener Schandtat genügt aber nicht, sondern uns wird mit ähnlichen Maßnahmen gedroht. Nach Nr. 33 der „Helvetische Typographia“, dem Organ der Schweizer Buchdrucker hat Ackermann als Vertreter des Deutschen Buchdruckerverbandes in Schaffhausen auf der 36. Generalversammlung der Schweizer Buchdruckmaschinenmeister erklärt: „... daß dieses Druckverfahren als Gemeinschaftsgebiet auch von ihnen angesprochen werde, ansonst die deutschen Steindruckler einen zweiten Fall Laupen erleben werden, jedoch in größerem Umfange und von weittragenderen Folgen als in der Schweiz.“ Das ist sehr wahrscheinlich der „versöhnliche und gesunde gewerkschaftliche Geist“, von dem der „Korrespondent“ schreibt. — Wir danken!!!

Die Behauptung, der Buchdrucker eigne sich besser für die Offset als der Steindruck, wird am besten widerlegt durch Urteile, die aus der Fachwelt kommen. Herr E. Köditz, *Fachlehrer an der Buchdruckerlehreanstalt in Leipzig* schreibt in der Offsetnummer der Typographischen Mitteilungen: „Daß an der Offset nur gute Zinkdrucker nur gute Produkte schaffen können, dürfte außer allem Zweifel stehen. Der Gummi-Druck verlangt Männer, die mit der ganzen Seele dabei sind. Sie müssen durch die Schule des Steindruckers gegangen sein, damit ihnen die Zusammenhänge im Werden und Vergehen der Bildplatten verständlich sind...“ Und die Tatsache, daß die Steindrucker bei der Bedienung vorgezogen werden, spricht mehr als alle Urteile zusammenommen für die Richtigkeit des Satzes. Darauf tun wir Steindrucker uns nichts zugute oder schauen deshalb von oben herab auf die „unfähigen“ Buchdrucker. Das kommt einfach daher, daß unsere Kollegen den Steindruck erlernt haben und nicht nur die Maschine bedienen können.

„Mögen die Buchdrucker betteln gehen, wenn sie hungrig sind“. Mit diesem Appell an die Tränenrüsen glaubt der „Fachmann“ aus München die hartherzigen Steindrucker gezeichnet zu haben. Sachlich wird zur Arbeitslosigkeit vom „Korrespondent“ in Nr. 91 geschrieben: „Bis vor wenigen Wochen noch war jedoch die Zahl der arbeitslosen Buchdruckmaschinenmeister beinahe so groß wie die Gesamtzahl der Steindrucker überhaupt.“ Was ist an dieser aus den Fingern gesogenen Behauptung wahr? Wenn man so beweislos darauf los schreibt, dann muß man es sich gefallen lassen, der Unwahrheit überführt zu werden. Steindrucker gibt es in Deutschland knapp 9000, Buchdruckmaschinenmeister rund 16500. Es müßten also mindestens 50 Prozent der Buchdruckmaschinenmeister arbeitslos gewesen sein. *Bis vor wenigen Wochen*, heißt es in der Auslassung der Buchdrucker, und im Reichsarbeitsblatt lauten die Meldungen des Buchdruckerverbandes vom März bis September 1924 als höchster Stand 5,9 Prozent und als niedrigsten 2,9 Prozent Arbeitslose überhaupt, von rund 70000 Mitgliedern des Buchdruckerverbandes. Wie stark darunter die Maschinenmeister vertreten sind, läßt sich nicht nachprüfen, aber aus den Mitteilungen des Gaues Leipzig läßt sich ersehen, daß die Zahl der gemeldeten Drucker durchschnittlich die Hälfte der Arbeitslosen ausmachen. Das würde also bedeuten, daß in Deutschland in der oben angeführten Zeit im schlimmsten Falle rund 2000 und im geringsten Fall im September rund 1000 Drucker arbeitslos waren. Dem stelle man die Behauptung des „Korrespondent“ gegenüber und jeder wird von der „Sachlichkeit“ der Argumente überzeugt sein. Aber noch eines. Wenn alles richtig wäre, was der „Korrespondent“ erklärt, wie kommt es dann, daß im Mai diesen Jahres 49,4 Prozent der Buchdrucker in Deutschland länger als acht Stunden gearbeitet haben (Gewerkschaftszeitung, Seite 402). Das reicht sich an die Bedienung von zwei Maschinen und an die Ueberzahl von Lehrlingen an, wogegen der „Korrespondent“ nichts zu sagen weiß.

Die Steindrucker wollen die Offsetmaschine für sich allein beanspruchen, behaupten die Buchdrucker. Das ist subjektiv und objektiv die Unwahrheit. Subjektiv, weil jene, die es behaupten, wissen, daß Buchdrucker mit Zustimmung unseres Verbandes an der Maschine sind und objektiv, weil die getroffenen Richtlinien und unsere tariflichen Bestimmungen das Gegenteil beweisen. Wo können die Buchdrucker, Berufsfremden gegenüber ein ähnliches Entgegenkommen nachweisen? Worum es überhaupt geht, ist: Die Buchdrucker wollen Zulassung zu einer bestimmten Maschine, und wir wollen Zulassung zum Beruf. Die Buchdrucker wollen ein getrenntes Organisationsgebiet, und wir wollen diesen gewerkschaftlichen Unsinn nicht mitmachen, weil es nur zum schwersten Schaden der Drucker an der Maschine auswachsen würde. Ein Schein der Berechtigung nach einheitlicher „Tarifizierung“ sei in unserem Verlangen vorhanden. Ein wunderbares Wort, das zeigt, daß es Menschen gibt, die nur mehr in Paragraphen denken können. Wenn aber der „Korrespondent“ in Verbindung damit schreibt, daß das für die Buchdrucker keine Doktorfrage ist, so könnten wir es beibringen, wenn damit eine Wendung zum bessern eingetreten wäre, und sie den unhaltbaren Gedanken des getrennten Organisationsgebietes aufgeben wollten.

In einem zweiten Artikel soll weiteres gesagt werden.

Besorgt euch die notwendigen Reisepapiere!

Noch bestehen die Folgen von Krieg und Inflation fort, die besonders durch die Wohnungsnot die Freizügigkeit der Arbeiter äußerst eingeschränkt haben. Diese Einschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter übt nicht nur einen hemmenden Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse aus, sondern sie verhindert neben einer entsprechenden Verteilung der

Arbeitskraft auch die berufliche Ausbildung der nachwachsenden Generation. Gerade dadurch, daß in der Vorkriegszeit die ihre Lehrzeit hinter sich gebrachten jungen Kollegen wissen wollten, wie in anderen Betrieben anderer Städte gearbeitet wird, kam man hinaus und lernte nicht nur Land und Leute kennen, sondern auch andere Arbeitsmethoden und Betriebsrichtungen. Die Folge davon war, daß zumeist jeder in der „Fremde“ gewesene Kollege eine Menge Berufserfahrungen sammelte, die ihm und dem Gewerbe zum besten diene und, was nicht nebensächlich ist, der Organisation manchen Antrieb gab.

Daß es notwendig ist, wieder dazu zu kommen, daß die junge Kollegenschaft sich auch anderen Wind um die Nase fächeln läßt, ist aus allgemeinem wie kollegischem Interesse wiederholt einwandfrei nachgewiesen worden. Wir möchten diese Notwendigkeit in diesem Zusammenhange nur noch einmal sichtbar für alle herausstellen. Und die Erfüllung dieser Notwendigkeit ist möglich, wie die anhebende Reiselust unserer jungen Kollegen beweist. Ist es für einen verheirateten Kollegen infolge der Wohnungsnot auch noch immer äußerst schwierig, mit der Arbeitsstelle zugleich die Wohnung zu wechseln, so bestehen für einen ledigen Kollegen in dieser Beziehung so gut wie keine Schwierigkeiten mehr. Da unsere Berufe im allgemeinen mit guter Beschäftigung rechnen können und „möblierte Herren“ wieder gesucht sind, macht sich in den Kollegenkreisen auch wieder eine vom Verband gern gesehene Reiselust bemerkbar.

Um die Kollegen, die auch einmal an anderem Orte arbeiten wollen, nicht in den Verdacht kommen zu lassen, daß sie keine „reine Wäsche“ hätten, sei mit allem Nachdruck darauf verwiesen, daß vor Abschluß eines jeden neuen Arbeitsverhältnisses mittels der vorgeschriebenen Auskunfts-karte Erkundigung bei der zuständigen Stelle eingeholt werden muß. Ist das geschehen und alles in Ordnung, dann melde man sich vor seiner Abreise bei der Mitgliedschaftsverwaltung ab, um die entsprechende „Flebbe“ zu bekommen. Diese „Flebbe“ ist die *Reiselegitimation*, die vereinigt mit der Auskunfts-karte jedem Kollegen in seinem neuen Wirkungskreis eine gute Aufnahme in Kollegenkreisen sichert. Da es in letzter Zeit öfters vorgekommen sein soll, daß Zureisende ohne Reiselegitimation eingetroffen sind und es dadurch Schwierigkeiten gegeben hat, seien alle reisenden Kollegen auf die Reisekarte hingewiesen.

Dieselbe Klage der Mitgliedschaftsverwaltungen, daß reisende Kollegen ohne Reiselegitimation angekommen sind, wird auch von einigen der dem internationalen Bunde der Lithographen angeschlossenen Länder geführt. Auch bei Reisen ins Ausland zum Zwecke des Antrittes einer neuen Stellung muß neben vorheriger Einholung von Auskunfts der Ausstellung einer Reisekarte, die den Aufdruck *Internationale Reiselegitimation* trägt, erfolgen, die über Organisationszugehörigkeit, Mitgliedschaftsdauer und bezogene Unterstützung des Reisenden Aufschluß gibt. Wollen die ins Ausland reisenden Kollegen sich Unannehmlichkeiten ersparen, die infolge Mangels einer Reisekarte auf Grund der Paragraphen 30, 31, 32 und 35b des Internationalen Statutes gemacht werden können, dann werden sie vor ihrer Abreise die Ausfertigung einer Internationalen Reiselegitimation von ihrer Mitgliedschaftsleitung fordern. Unterlassen die Kollegen die Pflicht, sich eine Reisekarte geben zu lassen, dann ist es sowohl der Leitung der Landesorganisation wie dem internationalen Sekretär nicht immer möglich, den Kollegen die Vergünstigungen zu sichern, die aus dem Anschluß an die Internationale resultieren. Es ergibt deshalb an alle sich auf die Reise begebenden Kollegen die Mahnung, ganz gleich ob die Reise nach einem Ort des Inlandes oder des Auslandes gehen soll, sich vorher mit den notwendigen Reisepapieren zu versorgen, die bei der Abmeldung von der zuständigen Mitgliedschaftsverwaltung zu haben sind. Für das Inland ist das notwendige Reisepapier die Reisekarte und für das Ausland die Internationale Reiselegitimation. Sind die reisenden Kollegen im Besitze des zuständigen Reisepapiers, brauchen sie keine Sorge zu haben, bei ihrer Ankunft von den Kollegen ihres neuen Wirkungskreises schiefer angesehen zu werden. Fehlt jedoch Auskunfts-karte und Reisekarte, dann ist nicht viel zu hoffen. Denn mit Recht wehren sich die Kollegen gegen solche, die den einfachsten Pflichten kollegischer Gemeinschaft nicht nachkommen.

Ortsbericht.

Waldkirch. Am 5. November fand die Monatsversammlung der Zahlstelle Waldkirch statt. Nach Eröffnung derselben wurden zunächst die unwesentlichen Punkte erledigt. Hierauf kam der im allgemeinen Interesse stehende Punkt „Die Lohnfrage“ zur Sprache. Der Vorsitzende gab zunächst einen Ueberblick über den Stand der Löhne am Orte sowie von den Druckorten des Kreises, soweit Unterlagen vorhanden waren. Er

führte weiter aus, daß am hiesigen Orte eine leicht begreifliche Erbitterung über die andauernde Verschlechterung der Lage der Lohnempfänger platzgreife. Demgegenüber die Löhne seit einiger Zeit einen Stillstand zu verzeichnen hatten. In der sich hieran anschließenden Aussprache wurde betont, daß zwar von Regierungsseite von Preisabbau viel geredet und geschrieben wird, allerdings nur um, wie es scheint, berechtigten Forderungen der Arbeiter den Boden zu entziehen. In Wirklichkeit ist eine wesentliche Verteuerung wichtiger Bedarfsartikel sowie Miete und dgl. festzustellen. Auf Grund dieser Tatsache forderte die Kollegen der Zahlstelle Waldkirch den Vorsitzenden auf, umgehend mit den maßgebenden Stellen in Verbindung zu treten, damit die sogenannten „Leistungslohne“ den Verhältnissen entsprechend erhöht werden.

Weiter nimmt die Versammlung von dem Umstand Kenntnis, daß in letzter Zeit wiederholt Kollegen, ohne Auskunft eingeholt zu haben, zugereist sind. Dabei wurde festgestellt, daß die ohnehin schon niederen Löhne in Unkenntnis der Verhältnisse noch unterboten wurden. In Zukunft soll gegen solche Kollegen aufs schärfste vorgegangen werden.

Nachdem die technische Entwicklung im Gewerbe noch eingehend besprochen war, kamen noch einige nebensächliche Dinge zur Sprache. Hierauf wurde die stark besuchte Versammlung in der volle Einmütigkeit festgestellt wurde, geschlossen.

Bgr.

Verbandstag der Graphischen Union.

Am 1. und 2. November tagte in Reichenberg, Tschechoslowakei, der dritte Verbandstag der Graphischen Union. Die Graphische Union ist der Verband der graphischen Arbeiter für die *deutschen Gebiete* der tschechoslowakischen Republik, dem auch ein Teil Senefelder angeschlossen sind. Neben der Graphischen Union besteht noch eine andere Kollegenorganisation, die Graficka Beseda, die vor dem Kriege als Sonderorganisation galt, weil sie sich nicht in den Rahmen des Österreichischen Senefelderbundes einfügen wollte.

Durch Errichtung der tschechoslowakischen Republik sind notwendigerweise die Verbände tschechischer Richtung zu den legalen geworden, was ja auch in dem Beschluß unseres Internationalen Lithographenbundes zum Ausdruck kam, die bis zum Ausbruch des Krieges abseits stehen müßende Graficka Beseda nun in den Bund aufzunehmen. Die Graficka Beseda mußte abseits der Berufsinternationale stehen, weil statutengemäß nur eine Landesorganisation in den Internationalen Bund Aufnahme finden kann. Und die zuständige Organisation für Österreich war damals zweifellos der Oesterreichische Senefelderbund.

Aus denselben Gründen mußte, da nach dem Kriege die Graficka Beseda als zuständige Organisation für die Tschechoslowakei vom Internationalen Lithographenbund angesehen wurde, das Aufnahmegesuch der Graphischen Union in den Bund abgelehnt werden. In Erkenntnis der Tatsache aber, daß die Existenz zweier Organisationen in einem Lande, die gleichen Zielen zustreben und ihre Mitglieder auf einem Felde suchen, zu Reibereien und Kämpfen zum Schaden der Kollegen führen muß, wurde der internationale Sekretär beauftragt, eine Einigung zwischen den beiden Verbänden herbeizuführen.

Diese wiederholt gemachten Einigungsversuche des internationalen Sekretärs unseres Lithographenbundes sind vergeblich geblieben und ein Kampf ist, wie vorausgesehen wurde, zwischen der Graficka Beseda und der Graphischen Union ausgebrochen, der sicher seines gleichen sucht. Was sich die Verbände gegenseitig an den Hals werfen, überschreitet beträchtlich das Maß des Erträglichen und die Methoden, die gegenseitig zur Abspenstigmachung der Mitglieder in Uebung gebracht werden, stinken direkt zum Himmel. Da die Graphische Union erklärt, unter Hinweis auf früher maßgebende Beschlüsse, nach wie vor bereit zu sein, unter der Bedingung der Gleichberechtigung mit den Prager graphischen Verbänden über einheitliche Formen der Organisation und des wirtschaftlichen Kampfes zu verhandeln, sollte unsere Internationale erneut den Versuch machen einer Verständigung die Wege zu ebnen, damit dieser zum Himmel stinkende Sautall ausgemistet wird.

Die Arbeit des Verbandstages der Graphischen Union bestand 1. in Entgegennahme der Berichte der Verbandsleitung, des Ueberwachungsausschusses und der Prüfungskommission, 2. Organisation und Taktik, 3. Beschlußfassung über Abänderungen des Statutes und der Geschäftsordnung, 4. Wahlen und 5. Anträge, die unter den vorhergehenden Punkten nicht erledigt werden konnten.

Ganz ohne Zweifel war der Verbandstag ein ausgesprochener Arbeitsverbandstag, trotzdem er stark vom Bruderzwist beherrscht war. Die geschäftlichen Angelegenheiten wurden ohne Schwierigkeiten erledigt und sowohl die Beitragsfrage wie die Ausgestaltung des Statuts durch entsprechende Beschlüsse gelöst. Die dem Sekretär der

Graphischen Union von der Gegenseite gemachten, zum Teil ehrenrührigen Vorwürfe, wurden als unbegründet zurückgewiesen und Kollegen Merthen erneut das Vertrauen ausgesprochen. Beschlossen wurde ferner, an dem Bestande der „Graphischen Union“ als gewerkschaftliche Organisation der deutschen graphischen Arbeiterschaft festzuhalten und gezwungen durch die Ereignisse des letzten Jahres, den Angriffen der Prager Verbände die notwendige Abwehr entgegenzusetzen. Nachdem auch die Wahlen beendet waren, ging der Verbandstag in der Erwartung auseinander, daß die Mitglieder der Graphischen Union gemäß der gefaßten Beschlüsse handeln werden und nach wie vor an dem Grundgedanken der Industriegruppen-Organisation festhalten und denselben auch verteidigen.

Internationale Kampfrevue.

Da es Pflicht eines jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiters ist, den im Kampfe stehenden Arbeitern um ausreichende Lohn- und Arbeitsbedingungen Solidarität zu bezeugen, sei der Kollegenschaft bekanntgegeben, wo unsere Kollegen des Auslandes in Kämpfe verwickelt sind.

Spanien: Der Streik in der Firma Foruny, Madrid geht unverändert weiter.

Schweiz: Wegen Nichtanerkennung des Tarifes sind die Kollegen der Firma Poligraphische Gesellschaft in Laupen bei Bern noch immer ausständig.

Polen: Im Bezirk Posen und Polnisch-Schlesien stehen die Kollegen im Streik wegen Erhöhung der Löhne. Die Kollegen fordern 90 Prozent des Warschauer Mindestlohnes. Augenblicklich werden in diesen Bezirken nur 50 Prozent des Mindestlohnes der Hauptstadt bezahlt.

Saargebiet: Hier befinden sich die Kollegen in einer Abwehrbewegung und ist deshalb das Saargebiet für jeden Zugang gesperrt. Die Unternehmer wollen die Löhne herabdrücken und die Arbeitszeit auf über 48 Stunden hinaus verlängern.

Zum 31. Dezember dieses Jahres sind die Tarife in folgenden Ländern gekündigt worden:

Schweden,
Holland,
Tschecho-Slowakei,
Jugoslawien.

Es ist selbstverständlich, daß die Streikgebiete von jedem Kollegen wie die Pest zu meiden sind. Diejenigen unserer Bruderorganisationen, die in Tarifkämpfe verwickelt sind, werden die Tarifverhandlungen mit Erfolg für die Kollegen jedoch nur führen können, wenn der Arbeitsmarkt durch Zureisende nicht noch mehr belastet wird. Mit Recht fordert deshalb der Sekretär unseres Internationalen Lithographenbundes, daß die Kollegen so lange nicht mit Firmen der Länder, die in gekündigtem Tarifverhältnis stehen, wegen Abschluß eines Arbeitsverhältnisses in Verbindung treten, bis ein neuer Tarif zum Abschluß gebracht worden ist. Diese Forderung kann von uns nur auf das lebhafteste unterstützt werden und erwarten wir von allen deutschen Kollegen, daß sie sich keiner Sündschuldigen machen.

Kapitalistische Widerstände gegen den sozialistischen und gewerkschaftlichen Propagandafilm.

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns hierzu geschrieben:

In Nr. 43 der „Gewerkschafts-Zeitung“ ist in einem Artikel bereits darauf hingewiesen worden, daß demnächst ein sozialistisch-gewerkschaftlicher Propagandafilm erscheinen würde. Es wurde auch angedeutet, welche Widerstände bisher der Schaffung eines solchen Films entgegen gestanden haben. Nun ist der Film erschienen. Es zeigt sich aber, daß damit noch lange nicht alle Widerstände überwunden sind, sondern jetzt erst recht einsetzen.

Zu dem Film selbst ist zu sagen, daß das Problem allgemein gut gelöst wurde. Der Film steht inhaltlich, künstlerisch und technisch auf einer bedeutenden Höhe, eine ganze Reihe von Einzelbildern ist sogar hervorragend schön. Nirgends eine aufdringliche Tendenz, alle Bilder wirken durchaus natürlich. So hat denn der Film, „Die Schmiede“ ist sein Titel, bei den bisherigen Aufführungen in Berlin eine zum Teil geradezu enthusiastische Aufnahme bei dem Arbeiterpublikum gefunden.

Aber gerade die absolut unaufdringliche, jedoch äußerst wirksame Tendenz ist es, was die kapitalistischen Instinkte wachgerufen und die neuen Widerstände heraufbeschworen hat. In Berlin hat man zwar die Aufführung nicht mehr verhindern können. Hier läuft der Film in 17 Theatern. Einige freilich haben versucht, die wirksame Schlusszene wenigstens zu untersuchen. In anderen Orten des Reiches hat das Filmkapital es aber verstanden, den Widerstand der Kinobesitzer derart zu organisieren, das ganze Landesteile die Aufführung bis jetzt abgelehnt haben. Hier können und sollten die örtlichen Gewerkschaften zusammen mit den Ortsausschüssen eingreifen, indem sie von den Kinobesitzern die Aufführung des Films „Die Schmiede“ erzwingen. Es muß das überall möglich sein, da die Mehrheit der Kinobesitzer aus Arbeiterkreisen stammt. Da der Film zudem auch für die Reichstagswahl gute Aufklärungsdienste zu leisten vermag, so sollten sich die Gewerkschaften dieses wirksame Propagandamittel nicht von bürgerlichen und furchtsamen Theaterbesitzern aus die Hand schlagen lassen. Wenn es gar nicht anders geht, müßten sie eigene Vorführungen veranstalten. Sie würden sich damit zugleich auch im Kampfe gegen den vielfachen Schund und Kitsch im Film ein Verdienst erwerben, für das die Arbeiterschaft ihnen sicher danken wird.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund,

der vor zwei Jahren durch Vereinigung einer Reihe von Beamtenverbänden des Deutschen Beamtenbundes und den Beamtenabteilungen der freien Gewerkschaften gegründet worden ist und jetzt 21 Berufsverbände umfaßt, hat seinen ersten Bundeskongreß zum 12. bis 14. Januar 1925 nach Berlin in die Räume des früheren Preußischen Herrenhauses einberufen. Die Tagung wird für die Öffentlichkeit besonderes Interesse dadurch

haben, daß hier von der Seite der Beamtenschaft die ein enges Zusammenarbeiten der Beamten mit der modernen Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und Angestellten für erforderlich hält, zu den Fragen des Berufsbeamtentums Stellung genommen wird. Besondere Referate werden über die Grundlagen des neuen Beamtentums, über den Londoner Pakt und die Lastenverteilung sowie über die Stellung der Beamten zur Republik gehalten werden.

Der außerordentliche Verbandstag des Reichsverbandes der Justizbureaubeamten lehnte nahezu einstimmig einen Antrag auf Austritt aus dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund ab. Eine Entschließung, die sich mit großer Schärfe gegen das vom Reichsfinanzministerium geplante Kontrollsystem der Kanzleibeamten aussprach, wurde einstimmig angenommen.

Vom Bühertisch.

Neue Wege zum Kleinwohnungsbau. Von Dr.-Ing. Martin Wagner. Verlag: „Vorwärts-Buchdruckerei“ Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Preis 75 Pfg.

Dieses Heft enthält von dem bekannten Vorkämpfer auf dem Gebiet des gewerkschaftlichen Kleinwohnungsbau Vorschläge zur Reorganisation des Baugewerkschaftswesens und Durchführung einer verstärkten Selbsthilftätigkeit im Kleinwohnungsbau. Wagne empfiehlt den Zusammenschluß der örtlichen Baugewerkschaften in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften der Bauhilfsorganisationen und den in Frage kommenden Behörden zu örtlichen Dachgesellschaften. Die äußerst temperamentvollen Ausführungen rollen das gesamte Problem des Wohnungsbaues der Gegenwart auf und zeigen Wege zur Abhilfe der Wohnungsnot. Jeder Gewerkschafter sollte dieses Heft lesen, da es praktische Wege aufweist, wie die Gewerkschaften über den reinen Lohnkampf hinaus in Richtung auf die Gemeinwirtschaft wirken können.

Der Neue Welt-Kalender für 1925. Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co., Hamburg, Fehlandstr. 11-19. Preis 60 Pfg.

Noch ein Jahr, und der Neue Welt-Kalender der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. erscheint zum 50. Male. Ein halbes Jahrhundert lang ist der Neue Welt-Kalender, dann der Freund im Arbeiterhaushalt. Auch dieses Jahr hat der Verlag sich bemüht, den Kalender inhaltlich auf Neue auszugestalten. Neben viel Wissenswertem, kommt auch die Unterhaltung zu ihrem Rechte. Ferner lassen sowohl der Unschiag als auch die Monatsvignetten die Mitarbeit bedeutender Künstler erkennen. Ein Dreifarbendruck von Max Liebmann „Eva“ wird als Gratisbeilage allgemeine Anerkennung finden. Bei dem geringen Preis von 60 Pfennigen kann man nur wünschen, daß der neue Welt-Kalender auch bei unseren Kollegen sein Heim findet.

Handbuch des guten Tones und der feinen Sitte. Von K. v. Franken. Max Hesses Verlag, Berlin W 15. Preis geb. 3,— Mk.

Dieses Buch, das in 49. verbesserter Auflage erschienen ist und von dem bereits 265 000 Stück abgesetzt worden sind, will dem Zwecke dienen, guten Ton und einwandrisches Benehmen die Wege zu bahnen. Gerade in der jetzigen Zeit ein löbliches Bestreben, denn was Kriegs- und Nachkriegszeit in Verrohung der Sitten mit sich gebracht haben, muß wieder ausgemerzt werden. Freilich findet man in den Büchern manches, was für den Arbeiter wohl nie Bedeutung gewinnen kann, aber das Buch wendet sich ja nicht nur an die Arbeiter, sondern an alle Gesellschaftsschichten. Die darin liegende Schwierigkeit ist gut gemästet. Nichts von blutleeren, steifen Förmlichkeiten, überall geht Verfeinerung der älteren Formen mit innerer Veredelung, stets Höflichkeit mit Herzlichkeit Hand in Hand. Selbst der Erwachsene, wird vieles aus dem Buche lernen. Kein Alter, kein Stand, keine Lebenslage ist unberücksichtigt gelassen. Jedem, wer möchte, wird das Buch als besseres Geschenk zu jeder Gelegenheit, besonders zu Weihnachten empfohlen.

Bekanntmachung.

Achtung, Heidelberg!
In Heidelberg ist eine neue „Gewerkschafts-herberge“ errichtet worden, so daß in Zukunft alle durchreisenden Gewerkschaftskollegen untergebracht werden können. Die Adresse der Herberge ist: „Gute Quelle“ (Wormser Braustüb), Hirschgasse, hinter dem Rathause.

Mehrere tüchtige
Strich- und Auto-Ätzer
sowie **Klischee-Zeichner**
für Schwarz-Weiß-Manier, Schrift usw., Kenntnis in Reliefs erwünscht, finden sofort gutbezahlte Stellung. Angebote mit Zeugnissen und Lohnansprüchen an
Ludwig Dietzel, Jenaer Klischeefabrik, Jena.

la Strichätzer
la Autoätzer
für sofort gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Zeugnissen an
Gg. Gehringer, Graph. Kunstanstalt, Kaiserslautern (Pfalz).

Karto-Lithographen
wichtig in Gravur und Federarbeiten, **sofort gesucht.** Bei guten Leistungen Dauerstellung und entsprechende Bezahlung zugesichert. Angebote mit Mustern und kleinem Lebenslauf erheben an
Joh. Roth sel. Ww., G. m. b. H., München 2 NW., Karlstraße 51—53.

1 Holz- und 1 Messingstecher
sucht durch den Arbeitsnachweis
Alfred Kotschwar, Eibelfeld.

Tüchtiger Reproduktions-Photograph
erste Kräfte, für Auto und Farben gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften unter Angabe des Alters sowie des Eintritts erheben an die
Kunstanstalt E. Nister, Nürnberg.

Tüchtige Messingstecher
auch solche, die in Holzarbeiten bewandert sind, stellt durch den Arbeitsnachweis ein
August Saalfeld, Einbeck.

Ich suche durch den Nachweis
2 tüchtige Messingstecher
für sofort
August Wittig, Lüneburg.

In unserem Hause ist der Posten des
I. Photographen
sofort neu zu besetzen. Herren, denen an einer Dauerstellung mit höchster Bezahlung gelegen ist, und welche die Photographie-Mechanik nach den neuesten Anschauungen voll beherrschen, bitten wir um ausführliche Offerte.
J. G. Huch & Co., G. m. b. H., Braunschweig, Helmstedter Str. 32.

Wir suchen durch den Nachweis noch
4 tüchtige Messingstecher
in dauernde Stellung
Schulze & Bremer, Lüneburg.

Chromo-Lithographen Retuscheure Farb-Ätzer
Nur erste Kräfte wollen sich mit Mustern und Gehaltsansprüchen in dauernd angenehme Stellung melden.
Ankarstrand, Inh. Mengel & Jung, Breslau 13, Moritzstraße 10

Notenstecher
unverheiratet, zum Korrekturen machen, Nachstecher eventuell auch Einleiten und Korrekturenlesen nach außerhalb Leipzig gesucht. Offerten mit Stichproben und Gehaltsansprüchen an
Gg. Laschke, Leipzig-Stötteritz, Eichstädterstraße 22.

Original-„KUMV-Fräser“
sowie die beste Werkzeug für die Klischee-Fabrikation, zeichnen sich aus durch Härte, Haltbarkeit und graziöses Schneiden. — In alle Größen zu haben.
Paul Berndt, Präzisionswerkzeug-Fabrik Berlin S 59, Kottbusser Damm 22 (Moritzplatz 16611).
Lieferant fast aller großen Firmen und der Reichsdruckerei.